Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 29 (1939)
Heft: 18

Rubrik: Weltwochenschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 21.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Weltwochenschau

Nach Hitlers Rede

Es gibt viele Stellen in Hitlers Rede, die an sich Wahrheiten bedeuten, und wie so oft, sagt man sich: „Hätte nur ein anderer diese Wahrheiten ausgesprochen!" Im Munde eines Diktators, der „Mein Kampf" geschrieben, der sich zum Evangelium der Gewalt bekennt, der Kultur als Verfall, Friedensbemühungen als Dekadenz, Humanität als Fäulnis wertet, muß jede Anrufung eines "gerechten Gerichtes" wie ein Hohn klingen. Es ist wahr, Deutschland wurde durch Versailles in seiner Hoffnung auf ein Versprechen Wilsons bitter enttäuscht. Es ist wahr, Deutschland hatte abgerüstet, und die andern rüsteten nicht ab. Es ist verdammt vieles wahr an allen Vorwürfen, die man der Entente machen kann. Nur vergißt Hitler zu sagen, daß es ein 1914 gab, ein Ultimatum an Serbien, einen Ueberfall auf Belgien, Forderungen nach belgischem und französischem Gebiete, einen Frieden von Brest-Litowsk mit Annexionen und Zerstückelungen russischen Gebietes, eine während sieben Monaten gültige europäische Landkarte, die halb Europa unter deutsche Botmäßigkeit gebracht, eine auf ewige Zeiten mit dem Reiche verbundene „polnische Monarchie" und ein ebensolches Litauen, deutsche Garnisonen bis in den Kaukasus . . . lauter Dinge, die beweisen, um wie vieles brutaler die Friedensdiktate der wilhelminisch-ludendorff'schen Kreise gewesen, verglichen mit dem, was in Versailles als Folge der Furcht vor den Deutschen beschlossen wurde. Und wahr ist, die Westmächte haben nicht verstanden, das pazifistische und republikanische Deutschland so zu behandeln, daß es sich befestigte. Und zum Schlusse: Die „Wirtschaft" wurde nicht so gebändigt, daß Krisen, Arbeitslosigkeit, bittere Not, Zerstörung des tragenden Mittelstandes, Unterwühlung der bäuerlichen Fundamente beschworen worden wären . . . und darin, darin liegt das letzte Verschulden derer, die anno 18—19 die Grundlagen Europas zu erneuern sich anmaßten.

Das alles ist wahr . . . aber derjenige, der an dergleichen Wahrheiten erinnert, ist dazu am wenigsten legitimiert. Er rechtfertigt alles, was man den Deutschen angetan, ausgenommen die Schonung. Sein Appell an die Gewalt, der aus jedem seiner Sätze verhüllt oder unverhüllt ertönt, läßt sich in wenige Worte zusammenfassen: „Ein Narr, wer auf Konferenzen, Versprechen, Abmachungen, Verträge baut! Der Sieger wird immer brutal sein und den Besiegten unterdrücken. So geschah es nach dem letzten Kriege . . . so wird es nach dem nächsten zugehen!" Daß die Gewaltakte des vergangenen Jahres im Grunde mit dem Rechte des Stärkern begründet werden, der sich vor Ueberfällen seiner Gegner im voraus sichern mußte, liest man aus der Darstellung des „Falles Böhmen und Mähren" heraus. Die Tschechei war in den Augen der gewaltgläubigen Nazis in der Tat nichts anderes als ein Flugplatz und ein Brandstofflager der „Feindbundmächte" Deutschlands. Wäre Hitler Herr über England und Frankreich gewesen, selbstverständlich würde die verbündete Prager Republik keine andere Aufgabe erfüllt haben, als eben die: Flugplatz und Aufmarschbasis gegen Berlin zu sein!

Diese Basis des Feindes „ohne Blutvergießen" zerstört zu haben, dessen rühmt sich der Diktator, und man kann überzeugt sein, daß er sich diesen Ruhm ehrlicherweise zurechnet, daß er die mit List und Gewalt in Etappen erreichte Zerstörung, ohne mit den feigen Beschützern im Westen zusammengestoßen zu sein, als Großtat anschaut! Der einzige Zweifel, der ihm dabei aufsteigt, mag ein grundsätzlicher sein: Es gibt keinen Lebenden, wie heroisch er sich auch gebärde, der unbedingt sicher wäre im Glauben an den Erfolg der Gewalt. Auch dem deutschen Diktator muß aufgedämmert sein, daß es diese „Großtat" gewesen, die Englands Schwenkung erzwungen.

Aber es ist seltsam: Die Schwenkung hat ihn nicht belehrt; er merkt nicht, daß es Zeit wäre, den Willen Londons, ihn „einzukreisen", zu isolieren und gegen weitere Taten zu „sichern", ihn sozusagen vor der Selbstzerstörung und der Zerstörung Deutschlands zu verhindern, nicht weiter zu steigern. Daß es Zeit wäre, zu verhindern, was unweigerlich kommen muß, wenn es so weiter geht: Die letzte und totale Schwenkung Englands, die nicht mehr „Bändigung", sondern „Vernichtung Hitlers" bedeuten würde.

England hat Hitler einen Tag vor seiner Rede eindringlich gewarnt, indem im Unterhaus und im Oberhaus die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht verkündet wurde. Hitler hat dafür das Flottenabkommen vom Jahre 1935 gekündigt. Die Einladung, in neuen Verhandlungen ein neues Abkommen zu schließen, erfolgt gerade noch nebenbei. Und welchen Absichten solche Verhandlungen dienen sollten, ersieht man aus der Begründung der Kündigung: „Weil England mit seinen neuen Bündnissen Deutschland einkreise".

Hitler hat auch die Brücken zu Polen, getreu seiner Härte- und Gewaltgläubigkeit, abgebrochen, indem er den Vertrag vom Jahre 34 als hinfällig erklärt. Begründung: Die neuen Allianzen Polens widersprächen den Festlegungen jenes ersten von Hitler erreichten Ausgleichs mit Polen. Sonderbar: Es gäbe für das Dritte Reich heute nichts Dringlicheres, als Polen, die Barriere gegen die Russen, zurückzugewinnen. Statt dessen läßt Hitler nun alle Welt wissen, was es war, das Polen in die Arme Englands und Frankreichs getrieben, und was es heute immer geneigter macht, sogar einen Durchmarsch russischer Armeen gegen Deutschland in Kauf zu nehmen: Die Forderung, Danzig wieder ins Reich zurückzugliedern und zugleich einen deutschen Autostraßen-Korridor durch den polnischen Korridor zu führen, also eine Festungslinie, die polnisches Gebiet zerschneiden und den „Atemweg" zum Meer unter die Kontrolle deutscher Waffen stellen müßte.

Die „Großtat ohne Blutvergießen", die Eroberung Prags, mitsamt den verschwiegenen Opfern an „Juden und Marxisten", die sie gekostet, wird also quitt gemacht durch den Verlust eines großen Neutralen, in Wahrheit Verbündeten gegen die russische Drohung. Die Polen reagieren auf die deutschen Forderungen nicht nur mit einem kategorischen „Nein", sie fügen dem „Niemals" auch bei, daß die Polonisierung Danzigs unumgänglich werde.

Stand des britischen Bündnissystems

Es lohnt sich, die Schwierigkeiten der Verhandlungen, denen die Engländer begegnen, gesondert zu betrachten. Selbst wenn man annimmt, daß die Hitler-Rede verschiedenen zögernden Partnern dieser Verhandlungen einen Stoß versetzt hat und da und dort das Tempo der Zusagen beschleunigen wird, häufen sich überall Schwierigkeiten und Bedenken.

Es ist charakteristisch, daß in England selbst der Gedanke weiterlebt, die Deutschen zu überzeugen, es sei keine Einkreisung geplant. Ja, Henderson, der Gesandte in Berlin, der seit seiner Rückkehr von London eine ganze Woche vergeblich mit Ribbentrop zu sprechen versuchte, bringt ein Versprechen Chamberlains mit, auch Deutschland gegen „unprovozierte" Angriffe beizustehen. Ein solches Versprechen, das man dem deutschen Volke durch den britischen Sender auf deutsch mitteilen wird, hat den Sinn einer Stärkung jener Kreise in Deutsch-

land, die Hitler vor jedem Abenteuer zurückreißen sollen. Aber es hat nicht nur diesen Sinn! Chamberlain und seine Kreise wollen bis zum Letzten gehen. Entweder nimmt Hitler eine solche britische Garantie an und beweist damit zum mindesten, daß er schlau und zugleich traitabel sei, oder aber, er weist es ab, „weil das Reich keine britischen Garantien brauche", dann hat er sich vor seinem eigenen Lande und aller Welt bloßgestellt.

England riskiert mit einem solchen Versprechen allerlei. Es weckt neuerdings die russischen Befürchtungen, London bezwecke einzig und allein, sich überall, also nirgends, zu binden, und der deutsch-russische Krieg zur Entlastung des Westens sei das eigentliche Ziel Englands.

Die russischen Angebote und Forderungen, die durch das neue Techtelmechtel London-Berlin gefährdet werden könnten, gehen weit. Moskau will seinen Beistand auch leisten, wenn die Westmächte der Schweiz, Holland oder Belgien zu Hilfe eilen müßten, und es verlangt, die Westmächte müßten auch Litauen und Lettland unter ihre Fittiche nehmen, damit Rußland ein gleiches tue. Ein so weit reichendes Abkommen schließt nun aber in sich, daß Polen sich entschließt, ebenfalls Deutschland anzugreifen, falls ein Krieg im Westen losbräche. Das hat es bisher nicht getan! Und hierin lag die Chance für Hitler, einen „Westkrieg" ohne Teilnahme des Ostens beginnen zu können. Es wird sich zeigen, ob Polen als Antwort auf die Zerreißung des 34er-Vertrags seine Verpflichtungen gegenüber Frankreich und England erweitern und auch die Konsequenzen ziehen wird, die folgen müssen: Regelrechte militärische Verträge mit den Russen. Hitlers „Diplomatie" beschwört Dinge herauf, die vor Kurzem mehr als nur „undenkbar" schienen.

Vom Luzerner Parteitag der Freisinnigen

Fraktionspräsident Dr. L. F. Meyer bezeichnete mit wenigen Worten, die als umfassende Darstellung dessen bezeichnet werden können, was wir als „Landesaufgabe" sehen, die Aufgaben der nationalrätlichen Parteifraktion: Landesverteidigung, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Stützung und Förderung der gesamten Wirtschaft, tatkräftige Verwirklichung aller Aufgaben eines Wohlfahrtsstaates, und zwar durch „wohlabgewogenen klugen Ausgleich zwischen den wirtschaftlichen Interessen, unter starker Betonung des sozialen Empfindens, beseelt von der Sorge und den Schutz der Kleinen und Schwachen im Volke . . ."

„Die Sicherung des Wehrmannes gegen die wirtschaftlichen Folgen der Erfüllung seiner Dienstpflicht, und zwar auf dem Wege der Gesetzgebung" wird von Dr. Meyer als eine in der allernächsten Zeit zu lösende Aufgabe des Parlaments bezeichnet. Wir sind der Ansicht, daß nichts dem letzten Satze, der von Sorge um die Kleinen und Schwachen, von ihrem Schutze, spricht, mehr praktischen Inhalt gibt als eben dieser Punkt.

Bundesrat Obrecht gab darauf in seinem Referat über die Vorlagen „Landesverteidigung" und „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" Aufschluß über das, was den praktischen Sinn der heute voranstehenden „Landestraktanden" ausmacht. Wir werden am 3. und 4. Juni abstimmen gehen. Es geht um eine Ergänzung zur Bundesverfassung, die freilich befristete Geltung haben wird, immerhin aber das Mehr der Stimmbürger und Stände erfordert. 327 Millionen Ausgaben sollen beschlossen werden, zugleich hat das Volk zu befinden über die Deckung. Die „Ausgleichssteuer", die alle Großunternehmen belastet, bis 140 Millionen abgetragen sind, wird ihre Gegner finden. Nicht nur private Großfirmen, deren Jahresumsätze 200,000 Fr. überschreiten, werden insgeheim opponieren. Die „Selbsthilfeorganisationen", die Konsumvereine usw. werden vor die Gewissensfrage gestellt, ob sie die Prozente ihrer Mitglieder kürzen, das eigene egoistische Interesse gutheißen, oder aber den Gedankn der eidgenössischen Notwendigkeit und Schicksalsgemeinschaft voranstellen wollen.

Ob wir ein kleines Geschlecht geworden, zu keinem Opfer mehr fähig, oder ob wir imstande sind, die Schwere der Zeit zu wägen, aus unserer kleinlichen Eigensucht herauszutreten und das Kleine zu opfern, das vielleicht große und furchtbare Opfer vermeiden hilft . . . diese Fragen entscheiden sich an den beiden nahenden Abstimmungstagen. Es ist notwendig, sogar Dinge zu vergessen, die vielleicht an sich Gewicht hätten, z. B. daß im großen demokratischen England Einkommen über eine Million bis zu 70 % weggesteuert werden, die kleinern Großeinkommen entsprechend . . . bei uns aber nicht. Das gilt alles nichts, wenn es wahr ist, daß bei uns die große Masse den demokratischen Staat trägt . . . ihr Opferwille also muß die Probe bestehen, dann ist alles gut. Dann lassen sich sogar außerordentliche Opfer des Besitzes für die Zukunft denken.

Die Sozialisten haben in Lausanne das „Wehropfer" auf Vermögen gutgeheißen; die Freisinnigen in Luzern tun dasselbe. Die Initiative wird durchkommen . . . wir sind überzeugt, das Opfer auch. Der freisinnige Fraktionspräsident erwartet „nahezu eine Milliarde". Das wird weit über die Summen gehn, die man dem Volke, genauer, den „Großunternehmen" am 4. Juni zumutet. Die Selbsthilfegenossenschaften, die übrigens statt wie die „Epa" 4 % nur ¾ %, auf 10 Millionen Umsatz nur 75,000 Fr. entrichten müssen, sollten ihren Mitgliedern deutlich erklären, daß man sie nicht gleich wie die andern behandle . . . und wäre es nur, um einige kleine „Privatrechner" vom Neinstimmen abzuhalten!

Weitere Zusammenkunft der Parteien

Bei den Sozialdemokraten in Lausanne agierte Herr Nicole aus Genf heftig gegen weitere Zusammenarbeit der Parteien im eidgenössischen und in den kantonalen Parlamenten. Trotz verschiedentlich bittern Aeußerungen über die bisherigen Mißerfolge solcher Zusammenarbeit aus den Reihen der Delegierten drang Nicole nicht durch, blieb fast allein und kann seine Isolierung konstatieren.

Bei den Freisinnigen wurde, der Parteitradition gemäß, selbstverständlich keine Ansicht laut, die wie Nicole „Verzicht auf Zusammenarbeit" forderte. Eine Brücke zwischen links und rechts zu sein, mit allen zusammen zu arbeiten, die guten Willens sind, keinen Bürgerblock zu bilden, der die Mitarbeit und die Mitsprache der „Linken" abdrosseln würde, aber auch keine „Volksfront" mit dem Ziele einer Ausschaltung der Rechten . . . das ist freisinnige Maxime und fand in den Worten von Dr. L. F. Meyer klaren Ausdruck.

Es ist offensichtlich, die Freunde des Zusammenarbeitens erleben ihre Konjunktur, und die Gründe liegen . . . leider . . . weniger in freiwilliger Einsicht als in den Drohungen einer dunklen Gewitterwand an unsern Grenzen. Es sollte sich jedermann fragen, welche Ursachen es waren, die „Zusammenarbeit" und „Zusammenreden" verhinderten, bevor diese schwarze Wand am Horizont emporwuchs! Das gilt namentlich für die Zeiten, die folgen werden, wenn entweder der europäische Krieg vermieden, noch mehr, wenn er nicht vermieden wird und uns in einen Zustand schlimmster sozialer Spannungen hineintreiben sollte wie anno 18!

„Die nationale Wirtschaft muß der jungen Generation Vertrauen in ihre materielle Zukunft einflößen." Vielleicht enthält dieser Punkt aus einer der Luzerner Resolutionen das wichtigste Geheimnis, von welchem die Möglichkeit des Zusammenredens und der Zusammenarbeit abhängt. Es ist nicht materialistisch gedacht, sondern „psychologisch", wenn man diesen Dingen alle Aufmerksamkeit schenkt. Für die Zukunft ist nichts schlimm als eine hoffnungslose junge Generation! —an—